

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.M. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-285
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Gedruckt am 13. Juli 1923
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.M. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ehrhardts Flucht.

25 Millionen für die Ergreifung des Flüchtlings.

Hinter dem entflohenen putschistischen Bandenführer Ehrhardt hat der Oberreichsanwalt folgenden Steckbrief erlassen:

Korvettenkapitän Hermann Georg Ehrhardt, geb. 29. November 1891 in Diersburg, ist am 13. Juli 1923, nachmittags, vermutlich mit einem Nachschlüssel, vom Amtsgericht aus dem Gefängnis Beethovenstraße entwichen. Er muß Helfershelfer gehabt haben, die ihm die Tore geöffnet haben. Die Türen konnten nur vom Amtsgericht geöffnet werden, nicht vom Innern des Gefängnisses. Ehrhardt, der früher einen Schnurr- und Spitzbart trug, ist jetzt vollständig bartlos. Er ist 1,70 bis 1,72 Meter groß, von kräftiger Gestalt, hat einen eleganten Gang und Haltung, eine klare Stimme und norddeutsche Mundart.

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, hat das Reichsjustizministerium für Wiederergreifung des Ehrhardt eine Belohnung von 25 Millionen ausgesetzt. Entsprechende Maßnahmen sind getroffen worden, die sächsischen und thüringischen Grenzen werden bewacht.

Wer hat schuld?

Ehrhardt war in Leipzig in einem sächsischen Gefängnis untergebracht, innerhalb dessen die Reichsbehörden keine Anordnungen zu treffen hatten. Ein sächsischer Ministerialrat hatte persönlich den Auftrag, die nötigen Anordnungen zu treffen, die erforderlich waren, um einen Ausbruch Ehrhardts zu verhindern. Nur durch grobe Nachlässigkeit der sächsischen unteren Behörden ist — nach Auffassung der Reichsjustiz — die Flucht möglich geworden. Die von der vorgelegten Behörde getroffenen Maßnahmen wurden nicht befolgt. So war angeordnet worden, daß Ehrhardt nie ohne Begleitung seine Zelle verlassen dürfe. Darüber hat man sich anscheinend hinweggesetzt. Ehrhardt war im dritten Stock des Gefängnisses untergebracht. Man ließ ihn ohne Aufsicht in die im Parterre gelegene Badestelle hinuntergehen. Von dort ging er nach dem zweiten Stock zurück, von wo ein Gang nach dem Amtsgericht führt. Ehrhardt mußte dabei drei Türen passieren. Die erste dieser Türen war vorschriftswidrig überhaupt nicht verschlossen. Die zweite Tür war eine sehr schwere Eisentüre mit einem besonders konstruierten Schloß, das selbst mit Nachschlüssel nicht geöffnet werden kann. Zu dieser Tür soll es überhaupt nur vier Schlüssel geben. Wie es möglich war, daß Ehrhardt diese Tür passiert hat, ist heute mit Sicherheit nicht festzustellen. Die dritte Tür ist eine gewöhnliche Holztür mit einem gewöhnlichen Schloß. In dieser Tür steckte von außen ein nagelneu angefertigter falscher Schlüssel. Mit diesem hat offenbar Ehrhardt nach seiner Flucht die Tür wieder abgeschlossen und dadurch, daß er den Schlüssel stecken ließ, die Gefängniswärter an der direkten Verfolgung gehindert. Durch das Amtsgericht kam er direkt auf eine der belebtesten Straßen. Man nimmt an, daß die Flucht spätestens eine halbe Stunde später entdeckt wurde.

Maßnahmen der sächsischen Regierung.

Dresden, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das sächsische Justizministerium hat von der Flucht erst heute (Sonnabend) aus der Presse erfahren. Der Direktor der Gefangenenanstalt Leipzig hat es nicht für nötig erachtet, den Vorgang sofort seiner obersten Dienststelle zu melden. Das Justizministerium hat gleich nach Kenntnisnahme der Pressemeldungen den Ministerialrat Dr. Starke nach Leipzig entsandt mit der Weisung, den Vorfall auf das Genaueste zu untersuchen, insbesondere auch bei der Staatsanwaltschaft die sofortige Verhaftung der an der Gefangenenbefreiung etwa beteiligten Beamten in die Wege zu leiten. Der Gefangenenanstaltsdirektor wird bis auf weiteres nicht mehr zum Dienst zugelassen werden. Weiter hat sich der Stellvertreter des Justizministeriums, Staatsminister Benno Feilich in Begleitung des Ministerialdirektors Günther nach Leipzig begeben, um die Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu überwachen und alles bei dem ungeheuerlichen Vorgange Erforderliche in die Wege zu leiten. Es soll und wird mit rückwärtsloser Energie gegen die Schuldigen vorgegangen werden.

Das ungeheure Aufsehen, das die gelungene Flucht Ehrhardts aus dem Gefängnis erregt hat, spiegelt sich in den Stimmen der Berliner Presse wider. Während die demokratischen Blätter Ausführungen machen, die sich mit den unfernen in vielen Punkten decken, beschränkt sich ein Teil der Rechtspresse auf die kommentarlose Wiedergabe der Nachricht, während ein anderer seiner Genußnahme unverhohlenen Ausdruck gibt. Im „Berliner Tageblatt“ frisst Dr. Ernst Feder bayerische Erinnerungen auf:

Diese Verhaftung wurde in den rechtsradikalen Kreisen Bayerns als unfreundliche Handlung aufgenommen. Die deutschnationale „Kreuzzeitung“ veröffentlichte eine Münchener Korrespondenz, die die „starke Sympathie“ für Ehrhardt und, gewiß ehrlich, das Bedauern ausdrückte, „daß gerade in Bayern der tapfere Marineoffizier ins Garn gegangen ist.“ Kurz nach der Verhaftung feierte in einer Versammlung der Botschaftlichen Verbände Herr Dr. Roth, ein früherer Justizminister der Republik Bayern, den „tapferen Kapitän“, und aus der Versammlung heraus wurde stürmisch zur Befreiung Ehrhardts „aus den Händen seiner Henker“ aufgefordert. Ähnliche

Rundgebungen haben sich wiederholt, ohne daß die bayerischen Behörden eingeschritten sind. So, der völkische Rechtsblock in Bayern ging gar so weit, eine Anfrage an den bayerischen Justizminister zu richten, welche Stellung die Regierung zum Fall Ehrhardt einnimmt. Es war auch ganz charakteristisch, daß in dem Münchener Hochverratsprozeß bei der Besprechung der Organisation zwecks Beseitigung Mißliebiger, die die Herren Ruge und seine Freunde schafften wollten, das Beispiel genannt wurde: wenn Ehrhardt zu befreien sei, dann müßten unter Umständen auch der Staatsanwalt und die mit der Fahndung betrauten Beamten umgelegt werden.

Die „Völkische Zeitung“ schreibt:

Bisher ist es immer versäumt worden, den Zusammenhängen zwischen den einzelnen Anschlüssen, Gefangenenerfreierungen, Fremdmorden in allen Verzweigungen nachzugehen. Bei der Ermordung Erzbergers und Rathenaus war die Mitwirkung geheimnisvoller Hintermänner jedem Teilnehmer an der Untersuchung und Verhandlung greifbar gegenwärtig, aber der Arm der Justiz griff in ein Gespinnst, das sich nicht zerreißen und nicht lassen ließ.

Daß dieser Mann heute wieder auf freiem Fuß ist, muß alle Gegner der Republik ermutigen. Daß es dem Reich nicht möglich war, gerade diesen Gefangenen so sicher zu bewachen, daß ein Entkommen nicht möglich war, kommt einer für die Staatsautorität verlorenen Schlacht gleich. Die Putschisten in Pommern, Schlesien, Westfalen, Bayern, Oesterreich und Ungarn, die Organisationen und Kuppelherren der Verwirrung, die der Vertrag von Versailles geschaffen hat, werden aufjubeln über die gelungene Wachtprobe. Die Unsicherheit, das Mißtrauen und die Zweifel an der Staatsautorität werden zunehmen. Die Reigung linksradikaler Kreise, sich aus eigener Kraft „Sicherheiten gegen den drohenden Faschismus“ zu verschaffen, wird wachsen.

Die Befreiung Ehrhardts ist geradezu ein Alarmsignal und wird, so muß man hoffen, die Energien der verantwortlichen Staatsmänner und Behörden aufs äußerste wachrufen. Gerade jetzt in den Wochen und Monaten außenpolitischer Entscheidungen bedeutet jede Befähigung des inneren Friedens eine neue Hoffnung für die feindlichen Gewaltpolitiker, die bis zum Ende gehen wollen, bis zum Ende Deutschlands!

Die „Berliner Volkszeitung“ meint, die Flucht erscheine als „beinahe programmgemäß“. Ihre Möglichkeit sei überall erörtert worden:

Nur der Leiter des Untersuchungsgefängnisses in Leipzig scheint ahnungslos gewesen zu sein. Natürlich wird die Verwaltung mit allen ihren Vorsichtsmaßnahmen aufwarten, sie wird uns erzählen, daß alle Vorkehrungen getroffen waren usw. Man kennt die Melodei. Hoffentlich fällt die Justizverwaltung nicht auf diese Ausreden hinein. Eine Persönlichkeit wie Herr Ehrhardt, der sozial Helfershelfer besitzt, mußte mit ganz besonderen Sicherheitsmaßnahmen umgeben werden. Und es gibt Maßnahmen, die jede Flucht ausschließen. Hastbar ist die Leitung der Gefängnisverwaltung. Mit ihr muß kurzer Prozeß gemacht werden. Das sieht hoffentlich auch Herr Heinze, der rechtsstehende Reichsjustizminister, ein. Sein Ansehen und das des Staates stehen auf dem Spiele.

„Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ registrieren und schweigen. Der „Tag“ bringt unter der Überschrift „Ehrhardt in Freiheit“ die Leipziger Meldungen und eine sympathisch gehaltene Biographie des Ausbrechers. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meint schnippisch, wenn der Welt die Sensation des Ehrhardt-Prozesses entgehe, sei das kein Schaden. Am wenigsten nimmt sich die „Deutsche Zeitung“ ein Blatt vor den Mund. Sie schreibt:

Die Flucht Ehrhardts wird selbstverständlich bei der demokratischen und sozialdemokratischen Presse als ein Schulgeständnis ausgeschlachtet werden. Man wird dort behaupten, er habe sich dem Gericht entzogen, weil er überzeugt war, daß er verurteilt werden würde. Ein Schulgeständnis braucht indes in dieser Flucht nicht zu liegen. Es soll Beispiele von Exempeln geben, daß Leute, die vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verurteilt wurden, sich durchaus nicht schuldig fühlten und behaupten, sie seien nur verurteilt worden, weil sie Gegner der Republik sind. Diese Leute, die die Aufgaben des Staatsgerichtshofes natürlich völlig verkennen, behaupten kühnlich, dieser Staatsgerichtshof sei so zusammengesetzt, daß er über einen anders eingestellten Deutschen überhaupt nicht Recht zu sprechen vermag. Und dies dürfte wohl auch die Ansicht des Kapitäns Ehrhardt gewesen sein, als er es vorzog, diesen Richtern aus dem Wege zu gehen.

Die angeforderten Maßnahmen des Oberreichsanwalts werden hoffentlich nicht wieder darin bestehen, daß auf Ehrhardts Wiederergreifung eine Belohnung wie auf den Kopf eines Schwerverbrechers ausgesetzt, und daß sein Bild auf sämtlichen Bahnhöfen angeschlagen wird. Besterer Umstand würde seiner Volkstümlichkeit freilich kaum Abbruch tun.

Die höhnisch grinsende Genußnahme über den gelungenen Streich kommt ganz unverhüllt zum Ausdruck. Die „Deutsche Zeitung“, die vor drei Jahren den Kapp-Putsch als „deutschen Frühling“ feierte, scheint zu glauben, daß ihr Erntetag in nächster Nähe ist. Anders wäre ihre Frechheit kaum erklärlich.

Bürgerkrieg.

Von Hermann Schühinger.

Die gesteigerte Aktivität der Rechtsputschisten, die erst gestern durch die Befreiung Ehrhardts aus dem Untersuchungsgefängnis kräftigen Ausdruck gefunden hat, macht es notwendig, das Problem des Bürgerkriegs auch von der militärischen Seite her ohne Scheu zu erörtern. Dazu ist Gen. Schühinger, früher als Hauptmann im Felde, jetzt Polizeioberst in Dresden, ein Berufener. Sein Urteil verdient auf alle Fälle besondere Beachtung — auch dort, wo es vermutlich nicht von allen geteilt wird.

Wie oft schon ist seit Bestehen der Republik die Gestalt des Bürgerkrieges vor uns aufgestiegen, verschleiert oder ganz nackt und unverhüllt, und hat uns meist nachträglich die These bewiesen, daß die in der Tiefe weiter Volksschichten schlummernden und durch eine Heppresse immer wieder genährten Kräfte immer wieder zur Explosion drängen, trotz Staatsgerichtshof und Republikerschutzgesetz, trotz politischer Polizei, Gendarm und Staatsanwalt. Die verantwortungsbewußten Organe der republikanischen Parteien sprachen daher auch in den letzten Tagen laut und sonders von der großen Gefahr des Bürgerkrieges, allerdings meist ohne die militär- und verwaltungstechnischen Konsequenzen dieser Erkenntnis zu ziehen.

Unter „Bürgerkrieg“ stellt sich der Spießbürger weiter nichts als ein wildes Chaos von Barrikaden, zertrümmerten Häusern, brennenden Häusern, rauchenden Türmen, gewaltige, aufeinander losstürmende Heerhaufen mit Erhängten gezierte Kandelaber und ähnliches vor. Wir wollen das Reich der Phantasie verlassen und auf Grund der realen machtpolitischen Unterlagen vom militärischen und politischen Gesichtspunkt aus Ausbruch und Verlauf eines deutschen Bürgerkrieges analysieren.

Aussicht auf Erfolg des Angreifers hat der Bürgerkrieg nur, wenn das ganze Volk sich infolge schwerer inner- oder außenpolitischer Erschütterungen im Fieberzustand befindet und in seiner Masse nicht mehr Herr seiner klaren Entschlüsse ist. Zu normalen Zeiten würde die träge Masse der Indifferenten und die passive Resistenz der Arbeiterschaft bei mangelndem Zulauf zu den antirepublikanischen Kondottieren die Bewegung im Sand verlaufen und verebben lassen. Ein deutscher Mussolini aber braucht Schwung und Elan in breiten Schichten des Volkes, die den Schritt seiner Freiwilligen-Bataillone beflügeln und ihm rasch greifbare Ziele dicht vor die Stirne rücken.

Bei der Verflechtung der deutschen Länder in die deutsche Wirtschaft kann dieses Ziel aber nur die Beherrschung des deutschen Gesamtstaates und der deutschen Gesamtwirtschaft bilden, deren Nervenstränge in der Reichshauptstadt zusammenlaufen. Das Zentrum der antirepublikanischen Gegenbewegung aber liegt im Süden, in Bayern, wo Hitler, Ludendorff und Kahr seit Jahren ihr Aufmarschgebiet gegen die deutsche Republik beackern. Läge die Zentrale der deutschen Politik und Wirtschaft dicht greifbar vor den Grenzpfeilen des bayerischen Staates, etwa in Frankfurt oder Koburg, dann hätten Hitler und Kahr wohl längst die gemeinsame Parole gefunden, derzufolge sich der Mussolinische Staatsstreich unter Konzessionen an die bayerischen Sonderwünsche in Deutschland wiederholt hätte.

Die Gründe, warum dies nicht geschah, liegen auf militär-technischem und militär-geographischem Gebiet. Nach dem Mißglücken des Lokal auf die Reichshauptstadt beschränkten Kapp-Putsches rang sich zweifellos in den Führern der Konterrevolution die Ueberzeugung durch, daß ein neuer Staatsstreich auf breiter Basis angelegt und aus einem militärisch eingehend vorbereiteten „Aufmarschgebiet“ heraus gegen die Reichszentrale geführt werden müsse. Daher die Bildung von nationalsozialistischen „Barnikons“ in ganz Süddeutschland, Bayern, Württemberg und Deutschösterreich, daher das ständig wiederkehrende Stichwort Hitlers vom „Marsch auf Berlin“.

Nun dürfen wir uns nicht eine Aktion mit Massenheeren, wie sie der Weltkrieg gesehen hat, einen Artillerieeinmarsch wie an der Somme oder an der Aisne vorstellen! Dazu reichen weder die Menschen noch das Beschützmateriale noch die Munitionsbestände der deutschen Aktivisten aus!

Ich weiß, es sind ganz abenteuerliche Versionen über die Stärke der Hitler-Ludendorffschen Armee im Umlauf; man spricht von 100 000 und 150 000 Mann. Vor dieser Legendenbildung möchte ich dringend warnen. Es ist anzunehmen, daß es Hitler bei der günstigsten Putschparole wohl kaum gelingen wird, mehr wie 20 000 bis 30 000 Mann auf die Beine zu bringen, die mit herzlich wenig Artillerie und einer mäßigen Anzahl von Maschinengewehren ausgestattet sein werden. Die Stärke dieser Armee aber wird ihre höchst gesteigerte Führungstechnik, ihre Wendigkeit und die Stokraft ihrer ausgelesenen Sturmabteilungen darstellen. Bei der Fülle der ihr zur Verfügung stehenden ehemaligen Offiziere müssen wir damit rechnen, in jedem Bataillionsführer einen ehemaligen Generalführer zu sehen. Auf Kraftwagen und Sonderzügen wird sich diese Armee blitzschnell vorbewegen können, ihre Flügel werden mit außerordentlicher Geschwindigkeit einschwenken oder sich staffeln; der Nachschub wird bei der zahlenmäßigen Kleinheit der Armee, die ihr gestattet, „vom Kriegsschauplatz zu leben“, auf ein Mindestmaß beschränkt werden können und damit die Beweglichkeit der Vormarschkolonnen wesentlich erhöhen. (Von diesem Gesichtspunkte aus ist die Flucht Ehrhardts als ein Schritt zu verstehen, der die Möglichkeit des Bürgerkrieges in Deutschland erheblich erhöht.)

winkel aus müssen wir die Hilterschen Feldzugsführungen in München betrachten.)

Wenn Berlin also an die Stelle Frankfurts oder Koburgs lage, dann hätte ein Hilterscher großdeutscher Putsch zweifellos ernste Chancen des Gelingens. Nun schiebt sich aber breit und wuchtig zwischen die Schlüsselpunkte des industriellen Nordens und das putschfähige Süddeutschland die Barriere der Arbeiterstaaten Thüringen und Sachsen mit ihrer republikanischen Schutzpolizei als Faktor der aktiven und ihrer Arbeiterchaft der passiven Abwehr. Wenige Brückensprengungen und Talperrn genügen, um das leichte Gebilde einer Putscharmee im mitteldeutschen Gebirge festlaufen zu lassen und der Reichsexekutive die Zeit zum Aufmarsch und Gegenangriff zu erkämpfen.

Was hat die deutsche Republik zur Abwehr dieser Gefahren zu tun? Die Reichswehr, mit Artillerie und Minenwerfern hinreichend ausgestattet, um einen Hilters-Putsch in 3 bis 4 Tagen niederzuwerfen, ist als Wehrmacht der Republik die berufene Instanz, staatsrechtliche Unternehmungen zu bekämpfen. Ich glaube nicht, daß die Gesamtheit der Reichswehr, wie man sich das in Arbeiterkreisen so vorstellt, ohne jede Hemmung nach dem Muster der Kapp-Ära ins Lager der Reaktion drängen wird. Wir dürfen auch nach dem Hamburg-Altonaer und dem Magdeburger Reichswehr-Skandal nicht die Hoffnung aufgeben, daß ein großer Teil der Reichswehr, vor allem die Mannschaften und Unteroffiziere der großen Garnisonen und ein gut Teil der Offiziere in verantwortlicher Stellung sich entschieden für die Republik einsetzt; daselbst kann vor allem vom Reichswehrminister und seiner nächsten Umgebung behauptet werden. Ein gewisser Teil der republikanischen Wehrmacht aber wird vermutlich seine Pflicht nicht erfüllen und auf der anderen Seite stehen. Diese Hemmungen innerhalb der Reichswehr aber können genügen, wichtige Teile unseres Reichsheeres zu lähmen und den Gesamtapparat des Aufmarsches gegen eine rechtsputschistische Armee zu stören.

Und die „Hundertchaften“ der deutschen Arbeiterschaft? Auch hier müssen wir eine Illusion zerstören. Sie eignen sich wohl für die Organisation des passiven Widerstandes; sie sind sehr wertvoll als „Menschen-Reservoir“ für die „Hilfspolizei“; sie können in den Großstädten wertvolle Ordnungsdienste leisten und die uniformierte Polizei für anderweitige Aufgaben frei machen — aber für den Bürgerkrieg im freien Feld, da taugen sie nicht! Dazu gehört ein großer Befehlsapparat, dazu gehören Stäbe, die den Aufmarsch, den Vormarsch, den Einsatz zum Gefecht, die Technik des Nachschubs, der Unterkunft usw. bearbeiten! Das greift in ein Gebiet hinüber, auf dem sich von Laien nichts improvisieren läßt!

So bleibt uns nichts übrig, wie die republikanische Schutzpolizei der republikaniserten deutschen Länder. Sie ist zahlenmäßig ja leider recht schwach; der § 113 des Strafgesetzbuches aber gestattet ihre Verstärkung durch die im Fall der Gefahr aufzurufende „Hilfspolizei“, welche es ermöglicht, unter rationaler Ausnutzung der Waffen- und Ausrüstungsgegenstände, ihre Zahl etwa zu verdreifachen. Selbstverständlich ist es an und für sich nicht ihre Aufgabe, die Reichswehr überflüssig zu machen und den Polizeidienst unnötigerweise zu militarisieren.

Wenn uns aber kein anderer Ausweg bleibt, wenn wir in die Reichswehr noch nicht das Vertrauen setzen können, das wir gern möchten, dann dürfen wir uns nicht von unbewaffneten Arbeiter-Hundertchaften alles Heil erwarten, das sie uns beim besten Willen niemals bringen werden, sondern müssen das kleinere Übel wählen: im Rahmen unserer Schutzpolizei-Verbände sachmännlich einwandfreie Kadern vorzubereiten, die wir im Fall der Not zum Schutz der Republik, aufgefüllt von der republikanischen Jugend, vor allem der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft und des einwandfrei republikanischen Bevölkerung gebrauchten können mit aller Schärfe und aller Wucht.

Selbstverständlich schließt diese Vorbereitungsarbeit vor allem organisatorischer Art nicht eine Militarisierung des Polizeidienstes in sich. Führerarbeit gilt es in allererster Linie zu leisten, um im Fall der Gefahr Polizei-Verbände aus dem Boden stampfen zu können, die anstelle und hoffentlich neben der Reichswehr mit aller Kraft den Stoß aufzufangen vermögen, der uns von einer führungstechnisch erstklassigen Putsch-Armee mit ihren wendigen und beweglichen Kraftfahr-Kolonnen aus dem Süden droht.

Die beste Putsch-Abwehr aber ist die unablässige Republikanisierung unserer Verwaltung und unserer Wehrmacht. Die Männer, welche in der deutschen Schutzpolizei ein zähes Stütz Reformarbeit geleistet haben, sind keine Landweidmännchen, die den Krieg — und wenn sein muß — den Bürgerkrieg suchen um jeden Preis. Die Erfahrungen in der Umbildung der Köpfe unserer Schutzpolizei-Offiziere aber müssen über kurz oder lang einer Reform-Aktion unserer Reichswehr dienstbar gemacht werden — dann erst haben wir Ruhe und Frieden vor dem uns ewig bedrohenden Gespenst des Bürgerkrieges.

Die deutsche Arbeiterschaft ist nicht gewillt, dem Brand der unter unseren Füßen schwellenden Bürgerkrieg-Gefahr freventlich neuen Zündstoff zu liefern. Je gründlicher und je rückichtsloser wir dem Gespenst die Wäste vom Gesicht reißen, desto mehr dienen wir dem deutschen Volk und seinem inneren Frieden.

## Ehrhardt und Kossbach.

### Die Zustände im Gefängnis.

Vor einiger Zeit machte der „Vormärts“ die Mitteilung, daß es Kossbach gelungen sei, aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis heraus einen „Reichswehrblock Kossbach“ mit dem Sitz in Magdeburg zu organisieren. Schon auf diese Mitteilung hin hätten die Zustände im Leipziger Untersuchungsgefängnis einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden müssen. Anstatt dessen brachte die WTB, eine von der Reichsregierung inspirierte Beruhigungsnotiz, die unseren Bericht als „außerordentlich übertrieben“ hinstellte.

Wir fragen heute, ob es auch eine „außerordentliche Uebertreibung“ ist, wenn wir behaupten, daß Kossbach aus der Haft folgenden „Befehl“ an seine Getreuen erlassen konnte:

Streng vertraulich! Sofort zu vernichten!

RWBK-Befehl 51.

Befehl Kossbachs:

An die Turnerschaftsführer!

Im Anschluß an RWBK-Befehl 50 fügt K. folgendes hinzu:

1. Meine Vertretung wird mündlich bekanntgegeben. Ich erwarte von dem Vertreter oder seinem Bevollmächtigten gegenüber strengste Pflichterfüllung.

2. Was die jetzige Zeit von ehemaligen Offizieren und Soldaten, die jetzt in führenden Stellungen sind, fordert, brauche ich wohl nicht besonders zu sagen. Also, meine Herren, denken Sie an Majors Bischoffs Wort: „Und doch!“

3. Widmen Sie jeden freien Augenblick Ihren Deuten und dem Gedeihen unserer Sache. Ich verlange das von Ihnen, unwiderruflich jetzt, denn unser Vaterland fordert es!

4. Meine Gedanken und Wünsche sind bei Ihnen und unseren Kameraden. Grüßen Sie diese herzlich!

Und wenn Sie mir alle in dieser für mich wenig erfreulichen Zeit einen besonderen Freundschaftsdienst erweisen wollen, dann tun Sie doppelt Ihre Pflicht! Jede freie Zeit Ihrer Turnerschaft!

Ihre Aufgaben sind diese eines Volkserziehers!

Si vis pacem para bellum!

Denken Sie daran, meine Herren!

Der Feind steht dicht am Rhein und unweit Münster.

Er steht auch in Berlin!

Heil!

K.

Die sofortige Vernichtung dieses Befehls nach Bekanntgabe an die RWBK-Angehörigen Ihrer Gruppe verlange ich und erwarte,

daß keine Dummheiten gemacht werden. Sie sind für die Vernichtung dieses verantwortlich!

Magdeburg, den 26. April 1923.

J. A.: Riehl.

Für die Richtigkeit: gez. Schneider, Trig.

Abt. 11.

Also, Herr Kossbach erlöst aus dem Gefängnis heraus Befehle gegen den „Feind“, besonders gegen den „Feind in Berlin“. Man muß sich unter diesen Umständen fragen, wie lange er noch die Güte haben wird, im Gefängnis zu bleiben, und wann er sich mit Ehrhardt vereinigen wird, um die Ausführung seiner Befehle selbst in die Hand zu nehmen.

## Für den Block der Besitzlosen.

### Eine Rede Löbes.

Weimar, 14. Juli. (Eigener Bericht.) Reichstagspräsident Genosse Löbe sprach gestern abend in dem bis auf den letzten Platz gefüllten geräumigen Volkshausaal über die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands. In dem über 1 1/2stündigen Vortrag ging der Redner auf die Krisenerscheinungen der gegenwärtigen Situation ein. Eine der Hauptfragen, die in den nächsten Wochen die Politiker und auch den Reichstag beschäftigen wird, ist die Frage der Erfüllungspolitik. Nach seiner Darlegung der Notwendigkeit der Erfüllungspolitik bisher kam der Redner zu dem Schluß, daß wir auch heute die wirtschaftlichen Zusammenhänge mit dem Auslande niemals abbrechen dürfen. Besonderes Gewicht legte Genosse Löbe auf die Finanzpolitik des Reiches, auf die schreckende Steuerungslosigkeit gegenüber der besitzlosen Klasse. Wir werden aus der Verelendung nicht herauskommen, wenn nicht der gesamte Besitz an den Kosten des Staates mitträgt, wenn nicht gerade die Berechtigten in der Aufbringung der Finanzmittel greift. Darum wird der Kampf in den nächsten Wochen gehen.

Wir brauchen den Block der Besitzlosen, der Arbeiter, Angestellten und Beamten und der in das Proletariat hinabgesunkenen Angehörigen des sogenannten Mittelstandes zum Griff in die Tasche des Besitzes. Wenn uns das nicht gelingt, dann droht Gefahr, dann droht ein neuer Bürgerkrieg, neue verschärfte Aktionen.

Zum Schluß ging Genosse Löbe auf die Frage der Arbeiterregierung ein und warnte dringend vor der Illusion, die Kraft und Macht der Arbeiter zu überschätzen. Wenn im Norden und Süden bewaffnete reaktionäre militärische Organisationen bestehen, wenn sich die Kapitalisten an Rhein und Ruhr unter französische Fittige begeben und einen Bürgerkrieg entfachen, wenn die Landwirtschaft durchweg reaktionär und außenpolitisch Poincaré vor der Tür steht, wie lange wird sich unter diesen Umständen eine Arbeiterregierung halten lassen? Wird eine solche Regierung heute nicht nur eine kurze Barriere der Herrschaft für die Faschisten werden?

Unser Ziel muß dagegen sein, den Block der Besitzlosen zu schaffen, neue Scharen zu werben, Licht anzuzünden in all den Köpfen, die wirtschaftlich zu uns gehören. Dann wird es wieder schnell vorwärts gehen auf dem Wege zum sozialistischen Volkshaar.

## Abgesagte Parade.

Münster, 14. Juni. (Ill.). In Mühlheim an der Ruhr wurde die für heute angelegte Parade anlässlich des französischen Nationalfeiertages wieder abgesagt, angeblich auf Anordnung des französischen Kriegsministers. — Der Kommandierende General in Aachenhausen hat vom 14. Juli ab jeden Ausschank von Alkohol an Angehörige der Besatzungstruppen strengstens verboten.

## Proteststreik auf Zeche Humboldt.

Mühlheim (Ruhr), 14. Juli. (WB.). Wegen der am letzten Sonntag erfolgten Besetzung der Zeche Humboldt durch die Franzosen war die Besatzung am Montag in Proteststreik getreten, weil die Franzosen am Zechentor Posten juristisch, nachdem die Besatzungstruppen selbst schon am Abend wieder abgerückt waren. Dann verweigerte die Besatzung auch am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag die Einfahrt und beharrte im Streik. Der streikenden Besatzung sind bei der heutigen Lohnung die Gehälter für die Dienstag- und Mittwochsdichten als Streikschichten nicht ausgezahlt worden.

## „Bayern und Reich“.

### Kulturbild aus Oberfranken.

In einem der vielen Zipfel der kgl. bayerischen Schlammzüge sitzt als Zielpunkt Nordhain. Das armselige Leben unter Schieferdächern, fern vom Strom der Lebensgenüsse, fordert Unterbrechungen, fordert Feste. Keine Woche ohne Stiftungsfest, kein Monat ohne Fahnenweihe.

Zwei Fahnen wehen heute überm Wirtsgarten, braunweiß und schwarzweißrot. 90 Jahre „Harmonie“. Was ist Harmonie? Ein Fremdwort. Es bezeichnete einen angeblich unpolitischen Bürgerverein, der damals — 1833 — geheimer Sammelpunkt der Unzufriedenen war. Man pflegte nach außenhin Gesang, „Harmonie“, nach innen, im Stillen, wurde geschimpft. So einst — so heute.

Ich sitze mit den Gewaltigen des Ortes am Tisch, während bei Bier, Rüst, Bratwürsten und nochmals Bier und wieder Bier das Volk sich vergnügt. „Ja, schauen, nach der Revolution, da war's gut, daß wir eine Stelle hatten, wo wir unsre Gefühle net zu verbergen brauchten. Unsere „Harmonie“ war da unser Trost.“

Wie ist's peinlich, wie ein Spindel dozieren. Die Leute kennen doch meine abweichende Gesinnung. Wazu behelligen sie mich mit Politik? Ich habe sie doch nicht um ihre Meinung befragt.

Ich lenke ab: „Was für ein Abzeichen ist das?“ — „Bayern und Reich!“ heißt es stolz. „Ein völlig parteiloses politischer Verband. Auf dem Boden der Reichsverfassung.“ Jetzt wird mir zu bunt. Einen hinauswurf riskiere ich jetzt: Ich verlange Näheres zu wissen. Und da kommt's raus: Der Bund „Bayern und Reich“, Lemuzi antisozialistisch, steht auf dem Boden einer künftigen Reichsverfassung, nicht etwa der jämmerlichen von Weimar. Man hat in Oberfranken den militärischen Aufmarsch an zur Abwehr des tschechoslowakischen Angriffs und des darauf folgenden großhüringischen Einfalls fertig, alle Kompagnien gebildet und bis zur letzten Patrone Waffen bereit. Und die Jugend (die hier im Biergarten unbeschäftigt herumsteht und gafft) — die Jugend soll bis zum letzten Gedanken mit Angriffsgeist und Revanchewillen erfüllt werden.

Ich verweise auf die Weimarer Verfassung: „Im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverständigung.“ — „Das muß raus!“ — Ich verweise auf die schwarzweißrote Fahne, auf diese Provokation aller Verfassungstreuen. „So, das ist unsre Reichsfahne! Wer die runterholen will, kommt nicht lebendig vom Platz.“

Ich gehe. Ein stark alkoholisiertes Rehler wandt von Tisch zu Tisch. Die Kinder, die man sich „wehrhaft“ wünscht, stehen unbeschäftigt und paffen. Aber die Sonne geht hinter den Wäldern nieder — unbesümmert um Bayern und Reich. Im Kronacher Bier erkaufst das Fest.

Wünscht man nicht diesen Volksgenossen vier Wochen Ruhrbesetzung? Was dann wohl noch von all dem Kampfwillen bliebe? Eines sicher: der Durst. Rudolf Zweg.

„Die Luginsaule“. Das neue Stück der sommerverpachteten Kammerstücke nennen seine Fabrikanten „musikalische Komödie“. Der Schwerpunkt ist also auf die „Komödie“, nicht auf die Musik gelegt. Die gefällige, schlagerhafte, flotte Musik ist aber bei aller Anspruchlosigkeit wertvoller als der Text, damit beiseite nicht gelagt werden soll, daß sie künstlerischen Wert besitzt. Verblüffend einfach instrumentiert, verleiht sie zum sofortigen Mitrallern und bringt mit ihren leichten Melodien alles, was in dieser schweren Zeit ein Kulturmenich so braucht. Indessen kommt es dem Theaterstückfabrikanten letzten Endes auch nicht auf die Musik an, sondern auf die Länge. Ein Jimmy muß es sein, ein Jimmy ganz allein. Ich schlage daher die wöllstliche reine Bezeichnung „schwankliche Tanzel“ vor. Das Sommerfabrikat paßt sich also durchaus den Zeitbedürfnissen an; z. B. heißt es „Die Luginsaule“, wobei der Verfasser Hans Pflanze den Bahnen seiner Kollegen gefolgt ist, die nach Fertigstellung irgendeinen ansprechenden Titel erfinden. Es handelt sich um eine Frau, die sich mit einem reichen Mann verheiratet, die ganze Geschichte aber auf einmal zu profanisch findet. Deshalb läßt sie sich gleich wieder scheiden. Hintertüber entschleicht sie sich plötzlich, zu dem Milliardär in heißer Liebe zu entbrennen. Die dramatischen Knoten sind gewaltig geschürzt und werden unter Bericht auf logischen Zusammenhänge ebenso gewaltig durchbauhen. Gelangweilt: „Reizende Donna Juanita, vergebliche Liebe ist bita“. Man sieht, es steht viel Mühe drin. Die erste Soubrette Josef Albach lang in allen Nuancen, mal wie ein Mann, mal wie eine Chansonette, mal wie ein Damenstimmenimitator. Außerdem war sie sehr freigebig im Schenken ihrer Beine. Sie ließ sich sogar den Monna-Banna-Mantel entziehen. Immerhin hatte sie dann stets noch ein Hemdchen an. Heinz Lingen strich mit seinem trockenen und kindlichen Humor den Hauptteil des Bestells ein. Seine atrobotenhaft gelentigen Tänze waren von grotesker Komik.

„Es fiel ein Schnee in der Sommernacht...“ Eine fromme römische Legende berichtet folgendes. Dem reichen Patrizier Johannes erschien in der Nacht des 4. August 352 im Traum die Jungfrau Maria und befohl ihm, ihr an derjenigen Stelle eine Kirche zu erbauen, wo er am Morgen frischen Schnee würde liegen sehen. Johannes eilte zum Papst Liberius und meldete ihm seine Erscheinung, und dieser gestand ihm, daß er den gleichen Traum gehabt habe. Das Wunder aber war inzwischen geschehen: auf dem esquilinischen Hügel war während der heißen römischen Augustnacht frischer Schnee gefallen. Der heilige Vater besaß sich, in die glühende weiße Fläche die Grundrisse einer Kirche zu zeichnen, und der Patrizier gab die Mittel zum Bau derselben her. So entstand die berühmte Basilika Santa Maria Maggiore, die im Laufe der Jahrhunderte mehrfach umgebaut, noch heute zu den schönsten Kirchen Roms gehört.

Was dem Mittelalter recht war, das sollte man auch unserer Gegenwart zubilligen, die an unglaublichen Ereignissen mehr als nicht ärmer ist, als die wunderreichsten Zeiten jener Epoche. Trotz-

dem nimmt ein Teil unserer Befer Anstoß an der Darstellung des Heulens „Götin Zukunft“ in Nr. 319, wo in einer Sommernacht ein kleines Mädel durch den Schnee schreiet. Ungläubig, skeptisch und kritisch, wie der Berliner heutzutage ist, verlangt er eine rationalistische Erklärung des Wunders, und wir müssen wohl oder übel versuchen, eine solche zu geben.

An der Herstellung eines Zeitungsartikels sind bekanntlich drei Faktoren beteiligt: der Verfasser, der Setzer und der Redakteur. Am Stelle man sich die Situation vor Augen. Der Autor schreibt, der Setzer setzt, der Redakteur verzerrt und korrigiert. Es ist der freibildend heißeste Tag des Jahres. Alle drei letzten nach Kühlung. Wie schön war es doch im Winter, wo man im ungeheizten Zimmer sitzen durfte und keineswegs zu schwitzen brauchte! Wie unantastbar war man damals gegen die Maßnahmen einer wohlhabend vererbten Ahienerverfänger! Jetzt nur ein paar winzige Grade Frost, ein kleines bißchen Schnee! Bums —: der Feder des Autors oder dem Kopfen des Setzers oder dem Kopf des Redakteurs ist zwangsläufig das erlösende Wort entglitten und statt „durch die Nacht“ mandelt Gretchen „durch den Schnee“.

Und nun fragen wir die rabidsten Skeptiker unter unseren Berliner Lesern: Ist das ein Wunder — bei die Hitze?

Obstessen ist gesund, nährt aber nicht. Der Nährgehalt des Obstes wird vielfach überschätzt. „Obstessen ist gesund“, so lautet ein oft gebrauchtes Wort. Gewiß ist das Obstessen gesund, aber doch nur in dem Sinne einer willkommenen Ergänzung der regelmäßigen täglichen Ernährung. Der eigentliche Nährgehalt des Obstes ist verhältnismäßig gering. Jüngst hat der Chemiker Balland Untersuchungen veröffentlicht, die beweisen, daß Früchte nur Genuss- und Reizmittel, nicht aber Nahrungsmittel sind. Balland untersuchte u. a. Äpfeln, Kirschen, Birnen, Pflaumen, Aprikosen, Rüsse, Mandeln, Datteln usw. und fand zunächst, daß der Hauptbestandteil all dieser Früchte im Zustand der Reife Wasser ist (72—92 Proz.). Durch das Trocknen der Früchte zu Dörrobst vermindert sich naturgemäß der Wassergehalt, und Brünellen, Rosinen, getrocknete Feigen z. B. enthalten 33 Proz. Mandeln, Rüsse nur 10 Proz. Wasser. Vegetabilisches Eiweiß enthalten Rüsse und Mandeln etwa 15 bis 20 Proz., Bononen etwa 1,5 und Birnen nur 0,25 Proz. Als eigentliche Nährstoffe kommen bei den Früchten eigentlich nur Zucker, Dextrin, Gummi und (verzeuherbare) Zellulose in Betracht. Von den Obstfrüchten unseres Klimas sind am zuckerreichsten die Weintraube mit 14,5 Proz., die Birne mit 8,3 Proz. und der Apfel mit 7,2 Proz. Bis zu 60 Proz. kann der Zuckergehalt in den Obstkonserven steigen; diese stellen also echte Nahrungsmittel dar.

Erkältungskuren der Woche. Monian, Zentral-Theater: „Die Räuber“. Rittsch, Deutsches Theater: „Schneider Bibbel“.

Horizontvorträge. Somit: „Der Ausdruck des Reins“, Kom.: „Der Dars“, Dient.: „Die malerische Kraft“, Müll.: „Donn.“ Mit Schneelzug und Dampfer von Berlin über Bremen nach Rom, Art.: „Von der Zugstube bis zum Bajmann“, Sonnab.: „Die Insel Rügen“.

Neues Volkstheater. Infolge eines Erkrankung müssen die angekündigten Vorstellungen der „Nacht nach Orplid“ fortfallen. Es wird nun allabendlich gegeben die Gymnastische Komödie „Vater und Sohn“.

## Die Labour Party für Baldwin.

London, 14. Juli. (CP.) Die Vollzugsausschüsse der Trade-Union und der Arbeiterpartei hielten gestern eine Sitzung ab, nach deren Verlauf folgendes veröffentlicht wurde: Die Erklärung Baldwin's, welche die deutsche Not als Grundlage von Unterhandlungen annimmt und besagt, daß die englische Regierung beabsichtigt, ihre Position näher zu bestimmen, und alle alliierten und interessierten Staaten einzuladen, sich einem Antwoortentwurf anzuschließen, der keinen anderen Zweck hat, den Frieden in Europa wiederherzustellen und die erschöpfte Welt wieder aufzurichten, hat deshalb günstige Aufnahme gefunden, weil sie der Haltung entspricht, die von der Arbeiterpartei immer empfohlen worden ist. Die Arbeiterpartei lehnt energisch jede Aktion ab, durch welche Feindschaften zwischen dem französischen und dem englischen Volke geschaffen werden. Sie richtet an die französische Arbeiterpartei ihre brüderlichen Grüße, versichert ihren guten Willen und ersucht sie vor allem, alle Bestrebungen daran zu setzen, damit sich nichts der harmonischen Zusammenarbeit der beiden Nationen in der ganzen Bewegung für die Gerechtigkeit und den internationalen Frieden entgegenstellt.

### Der englische Entwurf bis zum 19. Juli zu erwarten.

London, 14. Juli. (WIB.) Das Reutersche Bureau meldet: In amtlichen britischen Kreisen wird über die Natur der britischen Antwort auf das deutsche Memorandum, deren Fertigstellung bis zum 19. Juli zu erwarten ist, weiter vollständige Zurückhaltung geübt, aber es kann als sicher angenommen werden, daß die britische Antwort den Vorschlag enthalten wird, eine internationale Kommission einzusetzen, die Deutschlands Fähigkeit zu Reparationszahlungen bestimmen soll. Möglicherweise wird auch die Frage der Beendigung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet berührt werden. Die Note wird wahrscheinlich der Regierung der Vereinigten Staaten zur Information mitgeteilt werden.

### Möglichkeiten und Schwierigkeiten.

London, 14. Juli. (Eca.) Der „Daily Telegraph“ bringt aus der Feder seines diplomatischen Mitarbeiters die Hauptpunkte des englischen Memorandums, die er in folgender Weise zusammenfaßt:

1. Die deutsche Anregung des Zusammentritts eines internationalen Sachverständigenkomitees, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abzusuchen. Im Prinzip ist diese Abwägung von der englischen Regierung von Anfang an gutgeheißen worden; man muß nur die Form finden, die dieser Anregung gegeben werden soll. Um die juristischen Einwände aus der Welt zu schaffen, die von Frankreich erhoben werden könnten, wird man diese Kommission in Zusammenhang mit der Reparationskommission bringen. Da der „Daily Telegraph“ voraussetzt, daß Frankreich besonders starke Einwände machen würde, wenn zu diesem Komitee auch Neutrale hinzugezogen würden, so meint das Blatt, man könnte das Komitee der Bankstädte feinerzeit um einen Amerikaner und einen Holländer verstärken. Von einem deutschen Sachverständigen könne natürlich (?) keine Rede sein.

2. Die deutsche Anregung über die Garantien und die Zahlungsmodalitäten. Die englischen Sachverständigen betrachten die drei Arten von Garantien, die Berlin angeboten hat, als angenehm oder doch als die besten, die man angeben kann. Der „Daily Telegraph“ meint, daß im verflochtenen Jahre die belgische Regierung und ihre Vertreter in der Reparationskommission eine Untersuchung über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands gutgeheißen hätten, die vollkommen auf das hinausläufe, was heute vorge schlagen werde. Die von Berlin angebotenen Garantien seien etwa dasselbe wie das, was die belgischen Sachverständigen verlangt hätten. Hinsichtlich des Zusammentritts einer Reparationskonferenz zwischen Deutschland und den Alliierten glaubt man an ernste Schwierigkeiten seitens der belgischen Regierung.

### Frankreich unachgiebig: „Erst Einstellung des passiven Widerstandes.“

Paris, 13. Juli. (Eca.) Der Korrespondent eines englischen Nachrichtenbureaus hatte heute abend eine Unterredung mit einer einflussreichen Persönlichkeit des französischen Auswärtigen Amtes. Danach sind die französischen Regierungskreise sehr erfreut über den ernsthaften Willen, den Baldwin in seinen Erklärungen gezeigt habe, stellen jedoch fest, daß der Status quo ante weiter bestehen bleibt. Das Interesse der französischen Regierung konzentriert sich auf die Antwort der englischen Regierung an Deutschland. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß Frankreich sich der englischen Antwort anschließen könne, denn Frankreich sei entschlossen, Deutschland auf seine letzte Note zu antworten, wenn es wirklich den passiven Widerstand eingestellt habe, und zwar:

1. durch Zurückziehung der Verordnungen und Erlasse im Ruhrgebiet, die den Versailler Vertrag verletzen und den Beamten verbieten, in voller Loyalität mit den alliierten Behörden zusammenzuarbeiten;

2. durch eine Verleugnung und Verurteilung der Sabotageakte.

Erst wenn dieses Resultat erreicht sein wird, wird die französische Regierung bekanntgeben, welche Maßnahmen sie ergreifen wird, um die Befehle abzuändern und zu mildern. Weiter wurde erklärt, daß die französische Regierung von Amerika die Versicherung erhalten habe, daß das Weiße Haus den Ereignissen, die sich in London abspielen, vollkommen neutral gegenüberstehe werde. Zeigen werde sich in allen Punkten dem französischen Standpunkt anschließen.

### Amerikas Zurückhaltung. — Baldwin und Hughes' Pläne wesenverwandt.

London, 14. Juli. (WIB.) Reuters meldet aus Washington: Hier ist eine Erklärung von zuständiger Seite veröffentlicht worden, die besagt, daß die Washingtoner Regierung von britischen offiziellen Persönlichkeiten bezüglich der geplanten britischen Antwort an Deutschland nicht befragt worden sei. Washington habe auch keine Anregung vorgebracht, und die Presseberichte über den Meinungsaustrausch durch Vermittlung des Botschafters in London seien unbegründet.

Während die offiziellen Kreise es ablehnen, sich zu der Erklärung des britischen Premierministers zu äußern, ist man allgemein der Auffassung, verschiedene seiner Darlegungen bedeuten, daß irgendein Versuch unternommen werde, um einen Ausweg aus der Reparationschwierigkeit durch gemeinsame internationale Arbeit zu finden. Diese Aktion würde zum Ziele haben, Deutschlands Zahlungsfähigkeit vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus festzustellen. Wenn dies der Hauptinhalt der Vorschläge der britischen Regierung wäre, so würde der Plan, wie in Washington erklärt wird, viel Gemeinsames mit den Anregungen des Staatssekretärs Hughes haben, die dieser im Oktober v. J. der französischen Regierung vorgelegt habe.

## Raubmord in Schöneberg.

Ein neues Kapitalverbrechen ist in der vergangenen Nacht in dem Hause Borbergstraße 2 zu Schöneberg verübt worden. Hier wohnte im ersten Stock für sich allein ein 36 Jahre alter Mann Hans Friedmann, der seine Geschäfte mit Hilfe seiner Privatsekretärin betrieb. Diese verließ ihn gestern nachmittags um 5 Uhr nach Schluß ihres Dienstes. Als sie heute vormittag um 10 Uhr wiederkam, klopfte sie vergeblich an. Niemand antwortete ihr, und drinnen ließ sie sich auch sonst nichts hören. Die Sekretärin ließ jetzt öffnen, und nun fand man den Mörder tot auf der Seite auf dem Fußboden seines Zimmers liegen. Die eine Gesichtshälfte war blutig. Der Arzt Dr. Davidsohn, den die Kriminalpolizei des 172. Reviers zuzog, untersuchte die Leiche vorläufig und stellte unter einem Auge eine Verletzung fest, die von einem Stich oder einem Schlag herzurühren scheint. Die Sekretärin, die die Verhältnisse ihres Arbeitgebers kennt, stellte fest, daß alle Kleidungsstücke, die Wäsche und die Uhr des Toten fehlen. Allem Anschein nach liegt also ein Raubmord vor. Eine Uebervohnerin Friedmanns will in dessen Behausung in der Nacht zwischen 11 und 12 Uhr eine heftige Auseinandersetzung gehört haben. Vom Polizeipräsidium, das benachrichtigt wurde, begab sich die neue Nordkommission, die Kriminalkommissare Geißel und Müller mit ihren Beamten und dem Erkennungsdienst alsbald an den Tatort.

Zum Raubmord in der Brenzlauer Allee wird folgendes mitgeteilt: Die Leiche der ermordeten Eisenhändlerfrau Fanny Förster wurde gestern nachmittags vom Gerichtsarzt Professor Dr. Strauch obduziert. Der Kopf des Opfers bot geradezu ein entsetzliches Bild. Nach dem Ergebnis der Obduktion hat die kermisgunde Frau mit der Schärfe eines schweren Beils nicht weniger als sieben wuchtige Hiebe erhalten, in der Mittellinie sowohl wie links. Sie zertrümmerten den Kopf und auch den Gesichtsschädel so vollständig, daß man nur noch einen Haufen Knochen vor sich hatte. Auch die Zähne des Ober- und Unterkiefers wurden der Frau ausgeschlagen. Abwehrverletzungen waren kaum auch nur in Spuren vorhanden. Der Wahnwürger feuerte nach wie vor die Lat und auch noch den Leberfall auf das Dienstmädchen, obwohl dieses bei seiner Ausflucht blieb.

Ein blutiges Ende fand in der vergangenen Nacht eine häusliche Feier auf dem Grundstück Leisingstraße 18 in Zehlendorf. Der Besitzer dieses Hauses, der Schuhwarenfabrikant Wilhelm Bulla, der mit einem Mieter, dem 59 Jahre alten Logenverwalter Karl Hinfelheim, schon länger auf etwas gespanntem Fuße lebte, feierte gestern seinen Geburtstag. Als nun gegen Mitternacht Hinfelheim nach Hause kam, schlug der Hund des Hausbesizers an. Darüber gerieten die beiden Männer in Streit und Tändelheiten. Nach der ersten Auseinandersetzung folgte Bulla seinem Mieter auf den Hof. Hier geriet er wieder mit ihm zusammen, und das Ende war, daß Hinfelheim seinem Gegner einen so schweren Messerstoß beibrachte, daß er tot zusammenbrach. Die Leiche wurde beschlagnahmt und vorläufig in der Wohnung besessen. Hinfelmann, der ebenfalls eine Stichwunde am Schlüsselbein erhalten hat, wurde verhaftet.

## Das Geschäft der Langfinger blüht!

### Zwei chinesische Studentinnen bestohlen.

Ein großer Einbruch in der Junkerstraße beschäftigt seit einiger Zeit die Kriminalpolizei, ohne daß es bisher gelungen ist, ihn aufzuklären. Ein Kaufmann B. befand sich einige Tage lang außerhalb seiner Wohnung. In einem Sonntagvormittag nun, als das Haus fast leer stand, verdrängten sich Einbrecher zunächst an der verschlossenen Vordertür. Als sie hier keinen Erfolg hatten, gingen sie durch den Zugang des Quergebäudes vor. Hier schnitten sie alle Behälter und stahlen, was sie irgend an wertvollen Dingen mitnehmen konnten, alles in allem für 150 bis 160 Millionen Mark. Zu den Einbrechern gehörte wahrscheinlich ein Mann, der um die Mittagszeit gesehen wurde, als er mit einem Koffer das Haus verließ. Seine Spur ist bisher noch nicht gefunden. — Einem Ranglieutenant der schwedischen Befandtschaft wurden aus seiner Wohnung in der Karstr. 15 zwei Koffer mit Wäsche usw. für mehrere Millionen Mark gestohlen, ein kleiner vieredriger Kofferkasten und ein großer brauner Koffer. Beide sind A. H. in den schwedischen Farben gezeichnet. Miteilungen zur Auffklärung nimmt die Dienststelle B. 1.3 im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums entgegen. — In einem Pensionat am Saganplatz wurden zwei chinesische Studentinnen um Schmuckstücken und chinesische Kleider von hohem Werte bestohlen. Für die Wiederbeschaffung ist eine Belohnung von 2 Millionen ausgesetzt.

### Die Festsetzung der Werkstarife.

Die Werksdeputation hat sich in der gestrigen Sitzung in sehr eingehender Debatte mit der Festsetzung der Gas-, Wasser- und Strompreise beschäftigt. Bei allen Beteiligten herrschte der Wunsch vor, die Tarife für die Bevölkerung so tragbar und so gerecht wie nur irgend möglich zu gestalten. Um dies zu erreichen, wurde der Tarifsausschuß ermächtigt, die Preise in Zukunft erst am Schlusse des Monats bekanntzugeben und so in die Lage zu setzen, die Preise, deren vorherige Festsetzung infolge der sprunghaften Erhöhung der Kohlenpreise ohne Nachteil für die Werke nicht mehr durchführbar ist, auf Grund der tatsächlichen Abnahmeeingänge und der dafür aufgewendeten Kosten zu bestimmen. Auf dieser Grundlage ist eine ungerechtfertigte Versteuerung der Tarife ausgeschlossen. Die nächste Festsetzung der Preise wird in der letzten Woche des Monats Juli veröffentlicht.

### Ein markenfrees Brot 21 000 Mark.

Diesemigen Verbraucher, die im Hinblick auf die Höhe ihres Einkommens zum Bezug markenfrees Gebäcks gezwungen sind oder aber keinen Genuß dem des schlechten Markenbrot als freiwillig vorziehen, haben sich in der letzten Zeit daran gewöhnen müssen, daß ihnen ihr täglich Brot alle zwei bis drei Tage von neuem verteuert wird. Am kommenden Montag, den 18. Juli, tritt eine abermalige Preiserhöhung in Kraft, und zwar kostet dann das markenfrees Brot 21 000, die markenfrees Schrippe 900, Kaiserbrötchen, Hörnchen und Schneden 1200, Plunder- und Wachteln 15- bis 18 000, das Pfund Einbad 14 000, Zwiebad 16 800, geriebene Semmel 14 000, Backgeh 2500 bis 3000 Mark. Die Preise für Obststücken sind 50 Proz. höher als die obengenannten Kuchenpreise.

### Eine Schulfino-Dienststelle.

Die Berliner Schuldeputation beabsichtigt ein besonderes Organ für die Förderung der Schulfinoangelegenheiten einzurichten, und hat die genauere Festlegung der Arbeiten einem Ausschuss zur Ausarbeitung überwiesen. Ob ein besonderes Dejournat oder ein Ausschuss die Arbeiten führen werden, bleibt der Entscheidung vorbehalten. Es wird beabsichtigt, durch diesen Ausschuss eine Förderung, Vertiefung und Vertung der Film- und Lichtbildvorführungen an den Berliner Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu erstreben. Die Dienststelle regelt zu diesem Zweck für die Schulen und die Erziehungsanstalten der Stadt Berlin und für die an ihnen bestehenden Schulfino- und Lichtbildvorführungen die einschlägigen Verwaltungsfragen und beobachtet die Innehaltung der in Frage kommenden Verordnungen und gesetzlichen Vorschriften. Die Dienststelle unterstützt die Arbeit der Schulfino-Gemeinden, die Schulfino-

vorführungen, die Ausbildung der technischen Leiter solcher Veranstaltungen in Schulen und die geschlossenen Schulfinoanstaltungen öffentlicher Theater. Diese Darbietungen der öffentlichen Kinotheater sind so rechtzeitig zur Genehmigung anzumelden, daß die Berechtigten durch Befragung der Lehrerschaft zu berufende Sachverständige über den Inhalt der Darbietungen beraten werden können. Die Dienststelle sammelt Vorführungspläne und -berichte, Urteile über Filme, Lichtbilder und Vorführungen, Verwaltungsentscheidungen, Organisationsberichte und Sitzungen und beschafft sich die sonst geeigneten Unterlagen zur Beratung und Auskunft bei der Feststellung der Arbeitspläne, zur Methodik des Bildunterrichts und bei Neueinrichtungen.

### Um die Arzthonorare.

Die Berliner Kassenärzte nahmen gestern abend im Langenbeck-Birchom-Haus zu dem am 10. Juli gefällten Schiedsspruch über die Kassenhonorate Stellung. Nachdem Dr. Scheyer über den ganzen Verlauf der Verhandlungen mit den Krankenkassen und der Beratungen vor dem Schiedsgericht im Reichsarbeitsministerium berichtet hatte, wurde ohne längere Debatte der von dem Bezirksrat vorgelegte Antrag des Vorstandes und Ausschusses der ärztlichen Vertragsgemeinschaft des Groß-Berliner Vertriebes angenommen, der vom Vorstand die Kündigung des Vertrages mit den Krankenkassen am 1. August verlangt, falls diese nicht binnen 14 Tagen Sicherheit dafür geben, daß den Ärzten in Zukunft der Geldentwertung entsprechende Arzthonorare gewährt werden.

### Der Mindestunterhalt für Kinder.

Für den laufenden Monat sind vom Jugendamt des Magistrats Berlin als Mindestunterhaltssatz für uneheliche Kinder von Müttern einfachen Standes 200 000 M. als angemessen festgesetzt worden. Die Väter haben das ohne besondere Benachrichtigung durch den Vormund ohne weiteres zu zahlen und werden, wenn sie sich weigern, zu entsprechenden Sägen verurteilt. Unterhaltssagen sind vor den Amtsgerichten an der Tagesordnung. In sehr vielen Fällen muß erst der Gerichtsvollzieher eingreifen um den letzten und stärksten Druck auf die Pflichterfüllung gegen den Staat auszuüben.

Brände bei der Eisenbahn. In der letzten Nacht brannten zwei Loris mit Kohlen gleichzeitig auf dem Güterbahnhof Friedmann und Wilmersdorf, wo schon vorher zwei Waggons mit Brektholen hintereinander in Brand geraten waren, wodurch der Eisenbahnverkehr gefährdet wurde. Die Schöneberger Wehr besetzte die Gefahr. Auf dem Rangierbahnhof Rummelsburg stand ein Lokomotivschuppen in Flammen und am Eisenbahnübergang an der Warschauer Straße in Schöneberg die große Böschung. In beiden Fällen gelang es, das Feuer in harter Arbeit zu beseitigen.

Vom Gestod gerettet. Der 19. Feuerwehrzug wurde in der Abendstunde nach der Repetierstraße 3 alarmiert, wo in einer Edelmetallschmelze drei Personen bewußtlos aufgefunden worden. Sie waren durch Kohlendioxidgas aus einem Schmelzofen betäubt worden. Zum Glück hatte man sofort die Feuerwehr alarmiert, der es mit vieler Mühe gelang, durch Einströmen von Sauerstoff alle drei Personen zu retten.

Die städtischen Freibäder Adlershof (zwischen Restaurant Reptunshain und Bahnhof Spindlersfeld) und Oberschöneweide, Köpenicker Str. 33 (neben Restaurant Sadoma) bieten auch in diesem Jahre wieder Erholungsmöglichkeit gegen geringes Eintrittsgeld — zurzeit 200 M. für Erwachsene, 50 M. für Kinder. Neben den erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen weisen die Badeanstalten Umkleieräume, Sprungbretter, Schwimmbänke und Trinkwasserbrunnen sowie ständigen Rettungsdienst auf. Das eigene Interesse der Erholungsuchenden läßt es angebracht erscheinen, den geordneten Badebetrieb in einer Badeanstalt dem milden Baden vorzuziehen. Wenn auch der sonstige flache Strand der freien Bäderstellen in verlockender Weise zum Baden einladet, so fällt doch die Sohle der Gewässer oftmals plötzlich ab, ist morastig, mit Schlingpflanzen und Weidengestrüpp bemachsen und wird dadurch auch den geübten Schwimmern gefährlich.

Infolge der Abwägung des besetzten Rhein- und Ruhrgebiets haben viele Reisende ihre vorher gültigen Fahrkarten und Sonderzugkarten aus oder nach dem besetzten Gebiet nicht oder nur zum Teil benutzen können. Die Gültigkeit dieser Karten ist deshalb bis zum vierten Tage nach Aufhebung der Verkehrsperre verlängert worden. Die vorgezeigten Fahrausweise mit Ausnahme der Sommersonderzugkarten werden von den Stationen entsprechend gültig geschrieben.

Das Aquarium hat gegenwärtig in zwei Behältern des Infektoriums Fische des Maulbeer-Seidenspinners ausgestellt, in denen die Kolonien, die frisch geschlüpften Schmetterlinge, sowie die frisch abgelegten gelben und älteren grauen Eier zu sehen sind. Aus diesen sind auch bereits wieder kleine Raupen geschlüpft, die zunächst in Glasgefäßen heranwachsen. Auch größere Rauven, die dicht vor der Verpuppung stehen, sind noch vorhanden.

### Großfeuer bei Hamburg.

#### 24 Häuser eingedäschert.

Wie die Hamburger Morgenpresse meldet, entstand gestern nachmittags in Schölenfleth bei Haseldorf, wahrscheinlich durch Selbstentzündung von zu früh eingefahrenem Heu Großfeuer. Der Brand wurde um 4 1/2 Uhr bemerkt. Eine Stunde später standen bereits acht Gebäude in Flammen. Im ganzen sind 18 große Bauernhäuser und 6 kleinere Gebäude eingedäschert.

Die Schießsäre in Wittenberge. In Nr. 297 des „Vorwärts“ vom 28. Juni hatten wir über eine Schießsäre in Wittenberge berichtet. Dort sollte der 1. Bürgermeister bei der Besichtigung des Revolvers eine Schuppoarbeiten so unvorsichtig mit der Waffe umgegangen sein, daß sie sich entlud, und einem neben ihm stehenden Stadtrat zu Tode traf. Wie uns nun mitgeteilt wird, hat sich der Vorgang anders abgespielt. Der Bürgermeister hatte die Waffe zwar befeuert, sie aber, ohne daß ein Unfall passiert wäre, dem Schuppoarbeiten zurückgegeben. Dieser beschaffte sich noch etwas mit ihr und der uns Leben gekommene polizeienfällige Stadtrat war, daß man die Waffe endlich wegstecken möge. In demselben Augenblick trat der Schup, der haarhart an dem Kopf des Ersten Bürgermeisters Genossen Linde vorbeiging und den Stadtrat tötete.

Hige und Gewitterstürme in England. Das britische Inselreich leidet wie Deutschland unter einer enormen Higelwelle. Gestern erreichte der Thermometerstand einen Rekord, wie ihn England seit 1911 nicht mehr erlebt hat. In London betrug die Temperatur im im Schatten 91° Fahrenheit (33° Celsius). Ungeöhnlich schwere Gewitterstürme hausten gestern im Norden und Westen Mittelenglands.

### Keine Devisenotierung — Hauffe in Danzig.

Wider Erwarten fielen heute auf Beschluss des Börsenvorstandes die Notierungen für Devisen aus. In Danzig wurde der Dollar mit 235-240 000 und das Pfund mit 1 100 000 genannt. Für Offizellen scheint man etwas fester gestimmt zu sein und auch der Geldmarkt bekommt ein freundlicheres Aussehen, abgesehen er keineswegs als flüchtig bezeichnet werden kann. Am Vordergrund des Interesses stehen aneinander Autowerte.

